

«Man kann sich auch selbst überfordern»

Justizministerin Karin Keller-Sutter erteilt der Elternzeit-Idee eine Absage. Und verärgert damit auch rechte Gleichstellungspolitikerinnen

Andrea Kučera

Der Vaterschaftsurlaub ist unter Dach und Fach: 16 Jahre nach Einführung des Mutterschaftsurlaubs hat das Parlament diese Woche zwei Wochen bezahlte Papizeit beschlossen - in Form eines indirekten Gegenvorschlags zur Initiative des Vereins Vaterschaftsurlaub jetzt!, die vier Wochen Urlaub für Väter fordert.

Zwei Wochen haben die Väter also auf sicher, doch die Linke ist längst einen Schritt weiter: Sie tüfelt an einer Elternzeit-Initiative herum. Je 14 Wochen für Frauen und Männer plus 10 Wochen zur freien Aufteilung fordert die SP. Je 15 Wochen für beide Elternteile fordert ein Verein um «We Collect»-Gründer Daniel Graf. In den nächsten Monaten sollen die zwei Initiativen zusammengelegt werden.

«Man kann nicht alles»

Der definitive Initiativtext liegt zwar noch lange nicht auf dem Tisch, doch bereits hat sich FDP-Justizministerin Karin Keller-Sutter gegen das Anliegen ausgesprochen. An einem öffentlichen Anlass der FDP-Frauen im Bundeshaus, zu dem alle freisinnigen Kandidatinnen für die nationalen Wahlen geladen waren, sagte sie am Mittwochabend: «Ich bin gegen eine Elternzeit, das ist zu teuer.» Überhaupt staune sie über diesen Wechsel in der Wahrnehmung: «Früher war Familie Privatsache.» Sie sei der Meinung, jedes Paar solle sich selbst organisieren. «Man kann nicht alles haben: drei Kinder, ein Verwaltungsmandat und eine politische Karriere. Man kann sich auch selbst überfordern.»

Bei Gleichstellungspolitikerinnen kommt vor allem das letzte Statement schlecht an: «So eine Aussage wirft die Gleichstellungsdebatte um Jahre zurück», sagt BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti. «Einem Mann würde

man nie sagen, er könne nicht alles haben.» Quadranti findet, eine wahrhaft liberale Haltung wäre, wenn man fordern würde, es brauche Rahmenbedingungen, damit eine Frau die gleichen Entscheidungsmöglichkeiten habe wie ein Mann. «Und gerade dafür wäre die Elternzeit ein Schritt in diese Richtung.»

Dieser Meinung ist auch SP-Nationalrätin Nadine Masshardt: «Mit einer Elternzeit wäre der Grundstein gelegt, dass die Familien- und die Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufgeteilt werden kann.» Denn die Weichen würden zu Beginn des Familienlebens gestellt. «Zudem wären dank einer Elternzeit junge Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr benachteiligt, weil nicht mehr nur sie nach der Geburt eines Kindes ausfielen.» Parteikollegin Min Li Marti findet es zwar gerechtfertigt, dass Karin Keller-Sutter die Frage aufwirft, wie realistisch es ist, alles nebeneinander zu schaffen. Die Dreifachbelastung sei in der Tat eine grosse Herausforderung. «Aber mich stört, dass man diese Debatte meist nur in Bezug auf die Mütter führt. Dabei ist Kinderbetreuung nicht nur eine Frauensache.»

Elternzeit à la FDP

Elternzeit ja, Ausbau des Sozialstaats nein. So lässt sich die Haltung in dieser Sache von FDP-Ständerat Andrea Caroni zusammenfassen. Es sei schon so, dass er kaum je gefragt werde, wie er Familienleben, den Beruf und die Politik unter einen Hut bringe. «Die gesellschaftlichen Erwartungen an Frauen und Männer sind tatsächlich anders.» Auch er sei für eine flexible Elternzeit; auch er wolle von den alten Rollenbildern wegkommen. «Aber dafür muss man die Elternzeit nicht auf 30 Wochen ausbauen.» Einig ist er mit seiner Bundesrätin in dem Punkt, dass die Rollenverteilung in der Familie primär Privatsache



Sie findet, Familie sollte primär Privatsache sein: FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. (23. 9. 2019)

sei: «Frauen sollen von ihren Partnern einfordern, was sie wollen, nicht vom Staat.»

Im Juni hatten Caroni und vier weitere FDP-Väter ihr Konzept einer 16-wöchigen Elternzeit vorgestellt. 8 Wochen wären zwingend an die Frau gegangen, der Rest hätte flexibel aufgeteilt werden können. Im Rat fiel dieser Vorschlag jedoch durch. Die Linke will keinen Vaterschaftsurlaub auf Kosten der Mütter; sie will eine längere bezahlte Auszeit für beide Geschlechter. Das sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll, findet SP-Politikerin Masshardt: «Bleiben dank der Elternzeit mehr Frauen erwerbstätig, zahlt sich das längstens aus.»

Parlamentarische Initiative

Doris Fiala fordert Vertretersystem

Das Problem der Dreifachbelastung Politik, Beruf und Familie treibt auch Doris Fiala, Präsidentin der FDP-Frauen, um. Als Fiala vor einem Monat am Schweizer Fernsehen sagte, eine Frau müsse ihre politische Karriere ja nicht zwingend dann anfangen, wenn die Kinder noch klein seien, brachte ihr dies den Zorn der Linken ein. Nun spannen Fiala und eine Handvoll linker wie bürgerlicher Politikerinnen zusammen: Fiala hat am

Freitag eine parlamentarische Initiative eingereicht, die unter anderem von SP-Politikerin Min Li Marti unterzeichnet wurde. Sie fordert, dass sich Nationalräte in Kommissions- und Plenarsitzungen von gewählten Suppleanten vertreten lassen können. «Das Milizsystem ist unter Druck», begründet Fiala ihren Vorstoss. «Mit einem Suppleantensystem liessen sich Politik, Beruf und Familie besser vereinbaren.» (aku.)

Berset tadelt die Kassen

Bundesrat Alain Berset möchte eine Aussprache mit den Krankenkassen. Er rügt einige von ihnen, bei der Bekanntgabe der Prämien für 2020 vorgeprescht zu sein. Laurina Waltersperger

Gesundheitsminister Alain Berset ist verstimmt. Und das, obschon er diese Woche für einmal mit einer frohen Botschaft im Gesundheitswesen auftrumpfen konnte: Nach den Prämienchocs vergangener Jahre fällt die Prämienrunde für 2020 mit einer durchschnittlichen Erhöhung um 0,2 Prozent aussergewöhnlich moderat aus. Trotzdem zitiert Berset nun die grössten Krankenkassen zur Aussprache an einen runden Tisch. Dies hat der SP-Bundesrat in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF angekündigt.

Die Krankenkassen Helsana, CSS, Groupe Mutuel, Sanitas und Swica gaben Anfang September dieser Zeitung bekannt, dass sie für die Prämien 2020 teilweise von Nullrunden und Senkungen ausgingen - ohne dabei aber schon konkrete Zahlen zu nennen. Dieses Verhalten sei «überhaupt nicht okay», sagte Berset nun im Radio. Er hoffe, das sei «das erste und letzte Mal gewesen», dass die Kassen vor der offiziellen Prämienbekanntgabe durch den Bund bereits Aussagen zur Prämienentwicklung gemacht hätten.

Die öffentliche Schelte hatte sich bereits abgezeichnet. Direkt nach ihren Aussagen erhielten die betroffenen Krankenkassen eine schriftliche Rüge aus Bern. In dem Schreiben war von wettbewerbsverzerrenden Angaben die Rede. Dies sei unzulässig und künftig zu unterlassen. Berset ging indes nicht so weit, den Kassen Rechtsbruch vorzuwerfen. Was sie getan hätten, liege in einem Graubereich, sagte er.



Bundesrat Alain Berset.

Classe politique



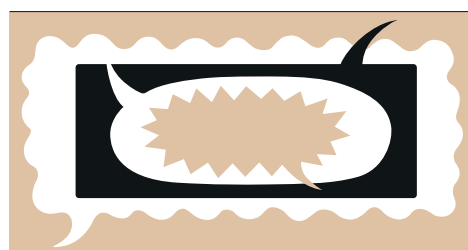
Philipp Bregy Werner Hösli

Philipp Bregy, Schlitzohr, will mehr. Der Walliser CVP-Mann forderte diese Woche nicht nur sofort eine zweite Bahnspur durch den Lötschberg, er will auch öfter wählen. Der Grund: die Krankenkassenprämien. Bregy hat gemerkt, dass diese immer vor Wahlen kaum steigen, und twitterte daher: «Wäre nur jedes Jahr Wahljahr, dann würden die Prämien schon bald sinken.» Alle Jahre neu wählen?

Wir fürchten, dass Bregy dann auch jedes Jahr eine neue Spur durch den Lötschberg fordern müsste - und der Berg bald durchlöchert wäre wie ein Sieb.

Werner Hösli, Bodenständiger, geht in die Luft. Den SVP-Ständerat nervte an der ganzen Diskussion ums Fliegen vor allem dies: Jeden Arbeitstag seien 100 Bundesangestellte in der Luft, sagte er im Rat. Daran würden auch neue Ticketabgaben nichts ändern. Zusätzlich zur neuen Lenkungsabgabe, deren Ertrag ans Volk zurück-erstattet wird, empfahl Hösli dem Bund darum eine «Umlenkung beim Denken». Die offene Frage bleibt: Wie viel Ertrag gäbe es da wohl zurück?

So hilft der Bund unerfahrenen Wählern



Showdown
Francesco Benini

Wahlhilfezentrum des Bundes, Affolter am Apparat. «Hier spricht Kuster. Ich wollte fragen, wen ich wählen soll.» «Das müssen Sie selber wissen.» «Sie sind mir eine schöne Hilfe.» «Wir geben keine Wahlempfehlungen ab.»

«Typisch Bundesstelle. Kostet viel und bringt nichts.»

«Herr Kuster, wir helfen Ihnen, wenn Sie Fragen haben, wie die Wahlliste korrekt auszufüllen ist.»

«Ausgefüllt sind die Listen ja schon. Ich weiss nur nicht, welche ich nehmen soll.»

«Wie gesagt, das ist Ihre Entscheid. Ich helfe Ihnen gerne, wenn Sie wissen wollen, wie man beim Panaschieren ans Werk geht.»

«Man viertelt die Birnen und schält sie, entfernt das Gehäuse, gibt klein geschnittene Bananenstücke dazu, übergiesst das Ganze mit Obstschnaps, streut Mandelsplitter darüber, ab in den Backofen, fertig.»

«Wovon reden Sie?» «Meine Grossmutter machte es immer so.» «Was?» «Das Früchte-Panaché. Es war das Beste weit und breit.»

«Herr Kuster, beim Panaschieren geht es darum, einen Kandidaten durch den Bewerber einer anderen Liste zu ersetzen.»

«Soso. Und was ist, wenn der Kandidat das nicht will?»

«Sie brauchen ihn nicht zu fragen.»

«Finden Sie das anständig?» «Herr Kuster, es liegt in Ihrem Ermessen, einen Kandidaten zu streichen und den Namen eines anderen draufzusetzen.»

«Ich soll einen Kandidaten auf einen anderen setzen? Ist das Ihr Ernst?» «Es geht nur um die Namen.»

«Ein Kandidat soll auf einen anderen gesetzt werden, und vorher fragt man die beiden nicht einmal, ob es ihnen recht ist?»

«Sie verstehen mich falsch.» «Nein, ich verstehe Sie ganz richtig. Und ich sage Ihnen jetzt etwas.»

«Ja bitte?» «Sie sind ein Grüsel.» «Wir haben uns missverstanden.» «Ich hätte gerne meine Bürgerpflicht erfüllt und an der Wahl teilgenommen. Nach dem Gespräch mit Ihnen muss ich aber sagen: Das ist mir zu schmutzig.»